

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallacher Zeitung)

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag:
Probst & Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 584

Nr. 26.

Dienstag, den 2. März 1920.

28. Jahrgang

Die Kriegsverbrecher.

Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919 zugegangen. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1.

Für das Verfahren auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919 gelten, soweit es sich um eine in Ausführung der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages und der Ziffer 3 des Schlussprotokolls vom 28. Juni 1919 von den alliierten Mächten erhobene Beschuldigung handelt, folgende Vorschriften:

§ 1. Besteht nach der Überzeugung des Oberreichsanwalts kein genügender Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage, so hat er die Akten dem ersten Strafgericht des Reichsgerichts mit dem Antrag auf Einstellung des Verfahrens vorzulegen.

Besteht der Senat die Einstellung, so hat er den Beschuldigten mit Gründen zu versehen, welche die für seine Entscheidung maßgebenden tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen erkennen lassen. Der Beschuldigte ist dem Beschuldigten bekannt zu geben. Lehnt der Senat den Antrag ab, so hat er die Erhebung der öffentlichen Klage anzuordnen. Zur besseren Aufklärung der Sache kann der Senat eine Ergänzung der Voruntersuchung oder, falls eine Voruntersuchung nicht stattgefunden hat, die Erhebung derselben oder einzelne Beweisüberhebungen anordnen.

§ 2. Die Gewährung von Straffreiheit, die Verjährung der Strafverfolgung und ein früheres Verfahren gehen einem Verfahren auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 nicht entgegen.

§ 3. Der Beschuldigte in dem früheren Verfahren rechtskräftig freigesprochen worden, so ordnet der erste Strafgericht auf Antrag des Oberreichsanwalts die Wiederaufnahme des Verfahrens an, falls der Beschuldigte hinreichend verdächtig ist. Das Gleiche gilt, wenn in dem früheren Verfahren auf eine Straf- erkannt worden ist, die zu der Schwere der Tat in offenbarem Mißverhältnis steht. Ist das frühere Verfahren durch einen nicht mehr anerkannten Beschluß beendet worden, so ist, falls der Beschuldigte hinreichend verdächtig ist, die Verfolgung wieder aufzunehmen.

Erscheint dem Oberreichsanwalt eine Wiederaufnahme des Verfahrens oder der Verfolgung nicht geboten, so hat er die Entscheidung des ersten Strafgerichts herbeizuführen. Die Vorschriften des § 1 gelten entsprechend.

§ 4. Für das Verfahren ist auch soweit es beim Inkrafttreten des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 bereits anhängig war, das Reichsgericht ausschließlich zuständig. Soweit die Untersuchung g r i c h t l i c h anhängig ist, hat das Gericht die Sache durch Beschluß an das Reichsgericht zu verweisen.

Artikel 2.

Der Reichsminister der Justiz wird ermächtigt, bis zur Erledigung der dem Reichsgericht durch das Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919 zugewiesenen Untersuchungen zum Reichsgericht Hilfsrichter aus der Zahl der Militärgerichte zum Zwecke der Erledigung der Geschäfte der Hilfsämter einzuberufen. Die Abordnung eines jeden Hilfsrichters ist bis zu dem Zeitpunkt unwiderruflich, in welchem die Wahrnehmung seiner Tätigkeit nicht mehr erforderlich ist.

In den Untersuchungen, die dem Reichsgericht durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919 zugewiesen sind, dürfen die Hilfsrichter nicht mitwirken.

Artikel 3.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Ein Probezeug.

Die Alliierten können zu, daß dem deutschen Gerichtshof gehalten wird, eine Anzahl ausgewählter Kriegsverbrecher als Probezeuge abzurufen. Es wurde beschlossen, Deutschland eine Liste von 46 Namen zu übermitteln. Wenn das Probeverfahren gehörig durchgeführt worden wird, wird die Liste von 800 Kriegsverbrechern möglicherweise drastisch vermindert.

Friedensmöglichkeiten 1917.

Der frühere Reichsminister von Bethmann Hollweg veröffentlicht in der „Deutschen Wg. Wg.“ einen Antrag zu den Bedingungen über die Friedensmöglichkeiten im Jahr 1917. Den Hauptpunkt, wonach Bethmann Hollweg die Ansicht äußert, bildet eine Unterabteilung, die er am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius

pacelli hatte. Bethmann sagte u. a. Mit dem Auftrag, dem Kaiser im Großen Hauptquartier in Linen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Pacelli am 26. Juni in Berlin auf. Der Nuntius legte mir bei dieser Gelegenheit eine Reihe bestimmt gestellter Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragestellung gewann ich den später bestätigten Eindruck, daß es sich um etwas anderes als um eine unverbindliche Konversation handle, und daß der Nuntius sich vielmehr eines genau formulierten Auftrages erledigte. Ich beantwortete die einzelnen Fragen des Nuntius dahin, daß wir grundsätzlich einem internationalen Schiedsgericht zustimmen. Bezüglich Belgien erwiderte ich, daß wir seine volle Unabhängigkeit wieder herstellen würden, doch dürfe Belgien nicht politisch, militärisch und finanziell unter die Herrschaft Englands und Frankreichs geraten. Mit Frankreich würde sich unter der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen ein Weg der Einigung bezüglich Elsaß-Lothringens finden lassen. Am 29. Juni wurde der Nuntius im Großen Hauptquartier vom Kaiser empfangen. Der Kaiser erklärte bei der Unterredung die besondere Eigenschaft und das besondere Interesse der katholischen Kirche als Friedensvermittlerin an. Die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu reden, dürfe nicht durch die Sozialdemokratie, sondern durch den Papst herbeigeführt werden. Das, so schloß Bethmann, war der Verlauf, den die Sendung des Nuntius genommen hat. Wenige Tage darauf wurde ich zum Rückzug genötigt, auf die weitere Entwicklung der Dinge hatte ich deshalb keinen Einfluß mehr.

Zur Tagesgeschichte.

Militärgerichte.

Gegen die bereits am 1. April festgesetzte Aufhebung der Militärgerichte barkeit haben sich mancherlei Einwendungen und Bedenken geltend gemacht. Die Zahl der bei den Militärgerichten noch anhängigen Straffachen ist so erheblich, daß ihre plötzliche Abgabe an die Zivilbehörden und die Justizbehörden eine ungeheure Verwirrung und bedauerliche Kosten mit sich bringen würde. Man hält es für gerechtfertigt, die Militärgerichte bis zur Neuordnung der bürgerlichen Rechtspflege fortbestehen zu lassen, u. a. auch aus der Erwägung heraus, daß bei den Zivilgerichten hauptsächlich Berufsrichter das Urteil fällen.

Zelbsthilfe.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Reichsverband der deutschen Industrie beschlossen, gemeinsam mit allen produktiven Ständen ein großes Kreditinstitut für Deutschland zu gründen, das die ganzen produktiven Kräfte zusammenfassen soll und, ohne etwa ein Wettbewerbs für die Reichsbank oder die großen Banken zu sein, ausreichende Bürgschaften für die nach Milliarden zählenden Valutaschulden zu bieten und als Grundlage für die erforderlichen Transaktionen zu dienen.

Das Zentrum und Erzberger.

Die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumskommision der deutschen Nationalversammlung erörtern gelegentlich ihrer Tagung am 28. Febr. die Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger. Die endgültige Stellungnahme wurde, wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, in Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Reichsparteitages vom 23. Januar, vorbehalten, bis die tatsächlichen Feststellungen des Urteils in der schwebenden Straffache gegen Helfferich und die Ergebnisse des Verfahrens der Steuerbehörde gegen Erzberger vorliegen. Die Berichte der Presse können als eine genügende Grundlage für die endgültige Stellungnahme nicht dienen. Dieser Standpunkt wurde in der Besprechung des Ausschusses der Mehrheitsparteien am 29. Februar als richtig anerkannt.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Gegenüber einer Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ daß die Franzosen bei den Kohlenverhandlungen neuerdings das Recht beanspruchten, die im Friedensvertrag festgesetzte Kohlenmenge nicht mehr an der Landgrenze, sondern unmittelbar an den Gruben abholen, und daß von ihnen alle auf die Halben geführte Kohle gefordert worden sei, wird von zuständiger Seite bemerkt: Da in Kottbus, über welchen Platz ein großer Teil unserer Vorkieferungen von Kohle geleitet wurde, der Umschlag jetzt infolge des Hafenarbeitsstreiks unmöglich ist, hat die deutsche Regierung die Entente auf ihren Antrag für die Dauer des Ausstandes ermächtigt, diese Teile der Kohlenlieferungen mit eigenen Rähnen in Duisburg-Ruhrort abzuholen. Dabei wurde ausdrücklich vereinbart, daß hierdurch keine Entscheidung über die Transaktions gemäß dem Friedensvertrag getroffen werden kann.

pragmatisch gehalten werden sollte. Ihre grundsätzliche Auffassung, daß nach dem Friedensvertrag die Kohlenlieferungen „frei Grenze des Empfangslandes“ zu bewirken sind, hält die deutsche Regierung anrecht. Ferner erhebt die Entente keinen Anspruch auf die Gesamtmenge der auf die Halben geführten Kohlen; sie beansprucht vielmehr nur, davon die Ausfälle zu decken, die in den deutschen Vorkieferungen in letzter Zeit durch höhere Gewalt (Hochwasser und Streiks) entstanden sind. Die deutsche Regierung hat jedoch eine nachträgliche Deckung solcher Ausfälle von vorneherein abgelehnt.

Deschanel an das englische Volk.

Der französische Präsident Deschanel hat durch die „Morning Post“ eine Botschaft an das englische Volk gerichtet, in der es heißt: Die unlösliche Vereinigung Frankreichs und Englands werde die Ruhe der Welt in einem ewigen Frieden sicherstellen. Frankreich und England seien zusammen befähigt, die logischen Folgen aus dem Kriege zu ziehen, d. h. die Entwaffnung Deutschlands, die Aufrichtung eines mit den notwendigen Hilfsmitteln versehenen Völkerbundes und die Sicherung Frankreichs, dessen Interessen und Traditionen respektiert werden müßten.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 28. Febr.

Die zweite Beratung des Entwurfes eines Reichs-einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Reil (Soz.): Wenn das alte Regime von Beginn des Krieges an eine vernünftige Steuerpolitik getrieben und das Kapital angemessen belastet hätte, wenn Herr Helfferich keine Panzer-Politik getrieben so brauchen wir heute keine Suppe nicht auszuessen. Die Sozialdemokraten sind an dem unregelmäßigen Schauspiel in Moskau nicht beteiligt. Sie hatten schon seit Kriegsbeginn eine Kriegsgewinnsteuer gefordert, ebenso den Ausbau der Erbschaftsteuer. Das Prinzip der progressiven Einkommensteuer ist sozialdemokratisch. Im einzelnen haben wir Sozialdemokraten um die Gestaltung des Gesetzes anders gedacht. Die Steuer muß aber nun, den Verhältnissen folgend, in der vorliegenden Form verabschiedet werden. Es ist zu hoffen, daß die Schonung landreicher Familien noch weiter ausgedehnt werden könne. Der Bedarf des Reiches für die nächsten Jahre ist noch lange nicht gedeckt, zumal die Verpflichtungen aus dem Friedensverträge noch gar nicht zu übersehen sind. Bei aller Vorzüglichkeit der hohen Aufgaben, die Länder und Gemeinden zu erfüllen haben, bleibt doch die Hauptsache das Reich lebensfähig zu erhalten und seine Schulden abzubauen. Es gilt schnell zu handeln. Die Bescheidenden mögen sich ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit bewußt werden.

Abg. Polmann (Dem.): Ueber das Ergebnis der Einnahmen von 1919 und den Bedarf für 1920 liegen noch keine genauen Angaben vor. Die drei Löcher im Westen, Norden und Osten sind noch immer offen. Die Warenproduktion deckt noch nicht den Bedarf; es müssen noch immer Waren importiert werden. So fehlen also alle Voraussetzungen für die Aufstellung eines Etats, weil sich die gesamte Volkswirtschaft nicht in einem festen und übersehbaren Zustand befindet. Denn es kommt weniger auf die Art der Besteuerung an, als darauf, festzustellen, welche Steuerhöhe von der Volkswirtschaft ertragen werden kann. Sparfameit und Mäßigkeit sind notwendiger denn je. Die bestehende Arbeitszeit muß voll ausgenutzt werden. Die Arbeitslosenunterstützung muß so geregelt werden, daß niemand denken kann, er brauche nicht zu arbeiten. Immerhin muß jetzt unsere Sorge sein, die Kasse des Reiches zu füllen. Das Reich braucht das Geld und so müssen wir die Steuer-gesetze bewilligen. Bei einer Art organisierter Wirtschaft — um das Wort Parawirtschaft zu vermeiden — werden wir verbleiben müssen. Die derzeitige Steuer-gesetzgebung wird keinen allzulangen Bestand haben. Die Valutakommision dringt darauf, daß hohe Steuern einkommen. Das ist auch zurzeit eines der wenigen Mittel, den Kassenlauf abzubauen. Für eine gute, aktive auswärtige Politik kann uns aus den wirtschaftlichen und finanziellen Notizen helfen.

Abg. Dr. Dörig (Nat. Vp.): Vom taktischen Standpunkt aus sind wir Gegner der jetzigen Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben. Wir lehnen es dabei ab, den Männern, die am Ruder sind eine solche Fülle von Macht zu übertragen, wie sie diese Steuer-gesetze mit sich bringen. Sächlich haben wir an ihnen mitgearbeitet, aber die Verantwortlichkeit für diese Steuern tragen die Mehrheitsparteien. Die Steuer-gesetze liegen jetzt erst in ihrer Gesamtheit vor und ermöglichen jetzt erst den so notwendigen Überblick. Sie lassen jede volkswirtschaftliche Rücksichtnahme vergessen und sind rein nach finanz-mathematischen Gesichtspunkten gearbeitet. Das ist unzulässig.

Vol Wirtschaft Ertragsfähige ist mit diesen Steuern längst überlastet. Überall sehen wir eine forumpierende Wirkung der neuen Steuern, noch ehe sie in Kraft getreten sind, überall Verschwendungssucht und Arbeitslosigkeit, weil der Staat ja doch alles nimmt. Das Attentat auf Erzberger haben wir verurteilt, aber empört war es, wie meiner Partei das Attentat angehängt wurde. Wenn einem Zentrumsmittglied Schieberen oder falsche Steuerdeklarationen nachgewiesen würden, so dürfte doch niemand sagen, das Zentrum bestehe aus Schiebern und Defraudanten. Wir werden auch im Plenum eine Reihe von Abänderungsanträgen stellen. Die Steuergesetze im ganzen sind für uns vernachlässigbar.

Abg. Dr. Beder (D. Sp.): Die Finanzpolitik des Reiches war diktiert von dem Gefühl, das wir damals alle teilten, nämlich, daß wir siegen würden. Zentrum und Demokraten haben der damaligen Finanzpolitik zugestimmt. Alle unsere Bemühungen werden nutzlos sein, solange nicht das Vertrauen zu unserer wirtschaftlichen Gesundung zurückkehrt, im Inlande und vor allem im Auslande, und das wir nun einmal brauchen. Länder und Gemeinden müssen gegenüber dem Reich zurückstehen; damit müssen wir uns abfinden. Der Ausbau der einzelnen Steuern darf nicht so kompliziert gestaltet werden, daß ihre Ausführbarkeit daran scheitert.

Abg. Herold (Zentr.): Unsere Anträge zu den Steuergesetzen bei der Ausdehnungsberatung sind aus unserer Mitte hervorgegangen, ohne Fühlungnahme mit dem Finanzministerium. In dieser schweren Zeit sollte keine Partei die Verantwortung für die geschaffenen Gesetze ablehnen. Den Etat haben wir auch während des Kulturkampfes nicht abgelehnt. Wir hoffen, daß das Einkommensteuergesetz so gestaltet wird, daß es trotz der schweren Belastung der Bevölkerung annehmbar sein wird.

Abg. Dürr (N. Soz.): Das steuerfrei gelassene Existenzminimum und die Staffelung nehmen keinerlei Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Die Teuerung wird immer weiter steigen.

§ 1 wird angenommen. Fortsetzung Montag 1 Uhr. Schluß nach 1/6 Uhr.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge
Wiesbaden, Schafes Eck

Das Loch im Westen.

Wegen des Loches im Westen ist nunmehr ein erneuter deutscher Protest durch die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen in Form einer dringlichen Note gerichtet worden. Darin wird auf die Tatsache verwiesen, daß infolge des unbeschränkten Warenverkehrs über die westliche Grenze Deutschlands unnötige Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark nach Deutschland eingeführt werden, während die unentbehrlichen Bedürfnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung mangels Devisen nicht gedeckt werden können. Durch die damit verbundene Zerrüttung unserer Valuta wird nicht allein Deutschland, sondern es werden sehr beträchtlich auch die Länder geschädigt, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrag schuldet. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Sinken deutscher Währung und mit der Unmöglichkeit, durch eine genügende Ernährung und Bekleidung die Arbeitskraft der Bevölkerung zu heben, immer geringer. Solche Güter, deren Deutschland dringend bedarf, werden ausgeführt und dagegen zum großen Teile entbehrliche Waren eingeführt, während die deutsche Regierung verhindert wird dagegen einzuschreiten. Beim Besuch des Reichszanklers im westlichen Industriegebiet: wiederholten sich die Klagen immer wieder aufs neue, daß es bei dem Sinken deutscher Währung nicht gelinge, Lebensmittel und Ro-

helfung zu empfangen. Preisen ins Land zu bringen um die Lebensfähigkeit der Bevölkerung zu sichern. Die Note läßt es dahingestellt, ob die Aufhebung der leistungsfähigen Wirtschaften berechtigt war. Jedenfalls findet sich in dem Friedensvertrag keine Bestimmung, die die Aufrechterhaltung dieses folgenschweren Zustandes rechtfertigen würde. Die deutsche Regierung erklärt sich wiederholt gern bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden und mit diesen Ländern über werimäßig begrenzte Freilisten zu verhandeln, die von den deutschen Ausfuhrverboten ausgenommen sein sollen. Die Note bietet dringend um einen baldigen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, durch den die Verfügungen der Truppenbeschlüsse über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbestimmungen außer Kraft gesetzt werden.

Friedensfragen.

Reuter meldet aus Paris: Im Kammerausschuß ließ der Finanzminister erklären, die Wiedergutmachungsleistungen an Deutschland würden Anfang Juni überreicht werden können, aber sie würden höher sein als man nach den Erklärungen des früheren Finanzministers Max erwarten durfte. Die „Times“ melden, daß die interalliierte Marinekommission die Auslieferung aller deutschen Hafengeschiffe an die Entente beantragt hat.

Die Entente hat nach einer Meldung aus Kopenhagen im Rahmen der Schadenersatzforderungen an Deutschland über einen Plan beraten, der für den deutschen Handel mit den neutralen Ländern die schwersten Folgen haben kann. Es soll eine Liste über deutsche Waren aufgestellt werden, die an die Entente geliefert werden müssen. Der Wert dieser Waren soll auf die Kriegsentwädigung angerechnet werden.

Das Adria-Problem.

Die Note des Präsidenten Wilson vom 25. d. Ms. beharrt auf der Stellungnahme, die Wilson früher den Beschlüssen des französischen und des englischen Ministerrates gegenüber eingenommen hat. Sie erkennt jedoch an, daß der Präsident keinen Einwand gegen ein Abkommen über die italienisch-jugoslawischen Grenzen im Gebiet von Triest erheben wird, wenn es sowohl von Italien als auch von Jugoslawien angenommen wird, vorausgesetzt, daß dieses Abkommen nicht auf Kompensationen beruht, die auf Kosten Angehöriger einer dritten Macht gewährt werden. Der Präsident ist bereit, eine freundschaftliche Verständigung dieser Art zwischen Italien und Jugoslawien anzunehmen, da lediglich diese beiden Mächte an dieser Frage interessiert sein dürften. Allerdings müßte diese Regelung innerhalb der Schranken der Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts getroffen werden. Sollten die beiden Parteien zu keiner Verständigung gelangen, so hätten sie sich der Entscheidung Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten zu unterwerfen. Präsident Wilson erklärt sich entschieden gegen eine Teilung Albanien in drei Teile, selbst wenn eine solche Teilung Jugoslawien befriedigen sollte. Schließlich vertritt der Präsident auf seiner Ansicht, daß der Geheimvertrag von London jetzt nicht in Anwendung gebracht werden kann, da die Lage mit Rücksicht auf die, die diesen Vertrag abgeschlossen haben, durch die Ereignisse des Krieges völlig verändert worden sei. Uebrigens hielten auch die interalliierten Mächte dafür, daß die Bestimmungen dieses Vertrages den gegenwärtigen Umständen nicht mehr entsprechen.

Generalfreik in Frankreich.

Die Staatsanwaltschaft prüfte die Möglichkeit einer gerichtlichen Verfolgung der Streikführer wegen der Erteilung des Befehls zum Generalfreik. Die Angehörigen der Eisenbahn beschloßen die Fortsetzung des Streiks.

Der Führer der Eisenbahner hat erklärt, er habe angeklagt: das unverständliche Starrsinn der Regierung, der die Verantwortung für die Verschärfung des Konflikts zuzuschreiben, den Eisenbahnern sämtlicher Eisenbahnlinien in Frankreich den Befehl zu geben, sofort die Arbeit niederzulegen. Die Gewerkschaft der Eisenbahner erklärt, sie habe alle Mittel erschöpft, um zu einem Einverständnis zu gelangen und die Einstellung der Arbeit zu verhindern.

Ohne sich noch länger zu besinnen, lehrte er in sein Zimmer zurück und öffnete das Robert — vorsichtig und mit großem Geschick, welches beweist, daß diese Beschäftigung ihm nicht ganz unbekannt ist.

Bernardo entfaltete den Brief.

„Meine teure, innig geliebte Braut!

So — meine Braut! Trotzdem Du gestern unser Verhältnis brachst — ich betrachte Dich weiter als meine Braut. Ich gehe es offen: zuerst war ich empört, zornig, ja, von bösen Gedanken gegen Dich erfüllt; Du hastest mich zu tief gekränkt.

Aber bald schwinden all diese falschen Empfindungen. Denn — ich glaube, jetzt den Grund, der Dich zu jenem überwältigten Schritt trieb, zu kennen.

Jolanda! Ich habe das echte Testament Deines Großvaters gelesen! Jetzt weißt Du es!

Für mich macht dies keinen Unterschied; mögen die Folgen sein, wie sie wollen. Was könnte je zwischen uns treten, das uns und unsere Herzen trennte, Du mein Alles auf der Welt! Du bist meine Braut und bald, sehr bald meine Frau. Ich versichere es Dir!

Wann darf ich kommen? Nur eine Zeile

Deinem bis in den Tod getreuen

Vittorio.“

Raum vermag Bernardo, den Brief zu Ende zu lesen. Seine Pupillen erweitern sich. Wie im Fieberfrost klopfen seine Hände zusammen, trotz der glühenden Sommerhitze.

Also richtig! Was er schon lange im geheimen gefürchtet, wovor er Tag und Nacht gebangt, was ihm den sonst stets hochgehaltenen zynischen Gleichmut geraubt und ihn zum schmerzlichen, nervösen Menschen gemacht — es ist eingetroffen.

Der Staatsanwalt! Der Staatsanwalt! Mit zitternden Händen zündet er ein Streichholz an und verdrönt den Brief. Ne, nie darf er Jolanda zu Gesicht kommen!

Aber auch so sieht die Sache schlimm genug für ihn. Der Staatsanwalt schreibt zwar nicht, was er jetzt zu ihm

gekommen unter Zuhilfenahme eines jenseits der Grenze befindlichen Widerstand getreten. Die Exekutivekommission der Eisenbahngewerkschaften erklärt, daß der Streik ohne Befehl auszuführen sei.

Die russische Frage.

Laut „Telegraf“ heißt es in dem Friedensangebot, das von Tschitscherin an die japanische Regierung ergablos gesandt wurde, u. a.: Die russische Seite wünscht, daß alle Differenzen, die mit Japan bestehen, in freundschaftlicher Weise gelöst werden. In diesem Augenblick, da alle Parteien, die Regierung der russischen Arbeiter und Bauern zu vernünftigen, Schlußfolgerungen haben, und die ausländischen Expeditionskorps zurückgerufen worden sind und verschiedene Regierungen in Unterhandlungen mit der Sowjetregierung treten, sollen wir noch einmal an die japanische Regierung das Gesuch, über den Frieden zu verhandeln. Die russische Sowjetregierung wünscht sich in keiner Weise in die japanischen inneren Angelegenheiten einzumengen und erkennt die Interessen Japans im fernem Osten, die der Vortrang vor allen anderen Ländern haben, voll an.

Aus dem besetzten Gebiet.

Köln, 1. März. Der Regierungspräsident teilte zur endgültigen Festlegung bestehender Zweifel mit, daß der Verdacht gegen die Einführung des neuen Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in den besetzten Gebieten keinen Einspruch erhoben hat. Das neue Umsatzsteuergesetz gilt daher seit dem 1. Januar 1920 in vollem Umfange in den besetzten Gebieten. Das Steuerwesen ist in unangenehmlicher Beziehung seit dem 1. Januar 1920 dem Ausland gleich zu behandeln.

Kleine Meldungen.

Berlin. Bis zum 28. Febr. sind 250 000 Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien nach Deutschland zurückgeführt.

Wien. Wie die Blätter melden hat Wien nach dem vorläufigen Ergebnis der jüngsten Volkszählung insgesamt 1 838 708 Einwohner, also ungefähr 200 000 weniger als im Jahre 1910.

London. Das Unterhaus hat in erster Lesung einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Frauen mit dem 21. Altersjahr das Stimmrecht erhalten. Das Gesetz tritt in Kraft, wenn der erste Beschluß des Hauses aufgehoben wird. Das wählbare Alter wird auf 30 Jahre festgesetzt.

Reichsnotopfer der Arbeit.

Wann heute an das Kapital gewaltige steuerliche Anforderungen gestellt werden, und dieses infolge des verlorenen Krieges und der harten Friedensbedingungen schwere finanzielle Opfer zu bringen hat, so muß sich auch die Arbeit herbeifügen, eine Art Reichsnotopfer auf den Altar des hartbedrängten Vaterlandes zu legen und ihm in seinen Schicksalsstunden zu Hilfe zu eilen. Dieses Opfer muß heißen erhöhte Produktionsleistung, die hinwiederum in erster Linie in der Kohle vom starren Prinzip des Achtstundentages zur Voraussehung haben muß. Die erhöhte Produktionsleistung hat vor allem auch in die Erleichterung zu finden bei der Kohle. Wenn heute auch von den führenden Stellen der Regierung und den sachverständigsten Kreisen des Wirtschaftslebens die Notwendigkeit einer Steigerung der Kohlenproduktion um 40—50 Millionen Tonnen und die Erhöhung der täglichen Arbeitszeit um mehr als eine Stunde vertreten wird, so wird man da den Vergleich mit einer Verlängerung der Arbeitszeit annehmen können, wenn andere Erwerbsmöglichkeiten für ganz leichte Arbeit nur höchstens 8 Stunden zu schaffen haben!

Konferenzen und Achtstundentag sind heute zu der Zeit, da das Wirtschaftsleben und unsere Welt in politischer Hinsicht feststehen. Das muß von uns mit aller Deutlichkeit ausgedrückt werden. In der

gedenkt; aber — aber — Bernardo verlegt die Tür. Nur keinen Menschen sehen! Nur nichts hören! Allein sein! Allein und — beobachtet!

Nur an sich denkt der Brave in dieser schrecklichen Stunde — an sich und an das, was die Zukunft ihm bringen wird! Der arme alte Mann da unten, der an einem unheilbaren Leiden dahinsiecht, der schon seit Wochen, — seit Monaten, seit Jahren, von nagenden Gewissensbissen geplagt wird, dessen Lebensfrage gestellt ist — an diesen bedauernswerten Greis, der zudem noch sein Bruder ist, denkt er nicht.

Auch nicht an das bedauernswerte junge Mädchen mit den großen, vorwurfsvollen Augen, dem er durch das Einwirken des Bräutigams sein Lebensglück zum zweiten Male stahl.

Nur an sich denkt er, an sein eigenes kostbares Ich und an seine Sicherheit.

Gewiß, es ist eine der unerbittlichen Wahrheiten: das Glück trägt seinen Lohn in sich selbst — Seelenfrieden, innerer Gleichgewicht; das Böse trägt sich selbst — durch Gewissensqualen und ununterbrochene Angst vor Entdeckung.

Jene beiden alten Männer in dem strahlenden Palazzo auf dem Corso Umberto in Rom, die alles besitzen, was nach Ansicht der meisten Menschen das höchste Glück bedeutet: einen vornehmen Namen, Reichum, Ansehen — sie verzehren sich im Geheimen, der eine, weil sein Gewissen ihm keine Ruhe läßt, der andere, weil namenlose Angst ihn fast zur Verzweiflung bringt.

Bernardo hat sogar heute seinen täglichen Nachmittagsschlaf im Café Nazionale verpasst. Er mag nicht unter Menschen gehen; aus jedem bekannten Gesicht würde er Schadenfreude, Spott oder gar Verachtung herauslesen.

So ist er in seinem luxuriös ausgestatteten Wohnzimmer, vor sich eine Kristalllampe mit goldschimmerndem „Cordoba“, den er in hübsigen Schüden die Kerle hinunterfrägt.

Fortsetzung folgt.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

40. Fortsetzung.

Und was Bernardo am meisten beunruhigt, ist der zunehmende Bräutigam. Staatsanwalt! Staatsanwalt! Daß das Mädel sich auch gerade mit einem Staatsanwalt verloben mußte! Der wird gewiß die Blamage nicht auf sich sitzen lassen; er wird Licht in die ganze Sache bringen.

Und dann? Dann?

Erstakt überläßt es Bernardo. Er zieht den kleinen Spiegel aus der Tasche und studiert seine Züge.

Zum Anblick auch! Was für ein unheimlich erschreckendes Gesicht ihm da entgegensteht! ... Und wie nervös es zuckt in den gespannten Augen! ... Berstet! Schnell her mit der Maske der Gelassenheit! Schnell, schnell! ...

Doch merklich — heute will es dem Manne nicht gelingen, seine Züge zu glätten!

Scheinbar schließt er die Halle entlang, um sich nach dem Schimmer zu begeben. Die Wahlzeiten sind für ihn jetzt stets eine Qual. Jolandas mürbige, vorwurfsvolle Augen ärgern ihn. Er hat die Empfindung, als bringen sie ihm bis in die tiefste Tiefe der Seele ...

Da bringt Camillo auf silberner Platte einen Haufen Briefe.

Marthe Bernardo nimmt dem Diener die Papiere ab, um sie zu sortieren.

Oben auf liegt ein Brief mit Jolandas Adresse und dem Monogramm „B. G.“

Bernardo blinzt näher hin. Ist das nicht die Handschrift des abgedankten Bräutigams? ... Natürlich — nur der „Staatsanwalt“ schreibt eine solch kräftige unterschlägige Hand.

Bernardo dreht den Brief hin und her. Er brennt ihm förmlich unter den Fingern.

Was kann dieser Mann seiner verlassenen Braut noch zu schreiben haben, nachdem er zweimal abgewiesen wurde? ... Etwas ganz besonderes muß es sein!

Bernardos Angst wächst. Erstakt läuft es ihm über den Rücken.

Ende des Jahres 1919 nur 116,5 Millionen Tonnen. Und die im Jahre 1919 unter Lebenswichtigen Industrien höchst...
Die Zementindustrie verbraucht...
Die Kalkindustrie...
Die Eisenindustrie...
Die Holzindustrie...
Die Papierindustrie...
Die Textilindustrie...
Die Nahrungsmittelindustrie...
Die chemische Industrie...
Die Metallindustrie...
Die Maschinenbauindustrie...
Die Elektroindustrie...
Die Bergbauindustrie...
Die Transportindustrie...
Die Handelsindustrie...
Die Dienstleistungsindustrie...
Die öffentliche Verwaltung...
Die Wissenschaft...
Die Kunst...
Die Religion...
Die Familie...
Die Gesellschaft...
Die Nation...
Die Welt...

Die bolschewistische Organisation in Deutschland.

Nadel wieder an der Arbeit.
Berlin, 1. März. Die bolschewistische Agitation wird seit einigen Monaten wieder so lebhaft betrieben, wie im November und Dezember 1918 und im Januar und März vorigen Jahres. Der Verbindungsdienst zwischen Sowjet-Russland und Deutschland wird von dem wieder in seine Heimat zurückgekehrten Nadel geleitet. Die russischen Kurrier werden zum Teil mit Flugzeugen bis nach Oberhessen befördert, zum Teil kommen sie über Kopenhagen nach Deutschland. In Kopenhagen sind mehrere Gesellschaften gegründet worden, welche unter dem Deckmantel der Ein- und Ausfuhrgehalte eine ständige Verbindung mit Berlin unterhalten.
Eine große Spionagenzentrale der Bolschewisten arbeitet von Hamburg aus, eine zweite von Essen, wo namentlich unter den Bergarbeitern eine starke Propaganda betrieben wird. In Berlin sind in verschiedenen kleinen Hotels in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes mehrere Agenten verhaftet worden. Ganz allgemein wird von den Bolschewisten die Parole ausgegeben, daß im Frühjahr die große Offensive der bolschewistischen Armee beginnen wird.

Kolales und Provinzielles.

Schierstein, den 2. März 1920.
Die Holzpreise nehmen nach und nach eine Höhe an, so daß es nur noch den reichsten Leuten möglich ist, sich damit zu versorgen. So wurden in den Nachbarorten, in Erbenheim usw., für das Hundert sogar bis 1100 Mark geboten. Diese Preise haben auf die letzten in unserem Gemeindefeld abgehaltene Holzpreise natürlich ihren Einfluß nicht verfehlt und werden auch hier sehr hohe Preise geboten, doch reichen sie, das muß hierbei festgestellt werden, nicht an die in verschiedenen Laubsorten gezeigten Holzpreise heran. Gebote wurden nur von Auswärtigen abgegeben, während die hiesigen Interessenten damit zurückhielten. Zum Verkauf standen 96 Festmeter, die einen Erlös von 50075 Mk. erbrachten, was einen Durchschnittspreis von etwa 521 Mk. pro Festmeter ergibt.

Erwischt wurden am Sonntag früh drei Diebe aus Dohheim, die eine Streife zwischen Niederwalluf und Schierstein unternehmen wollten. Der Gärtnereibesitzer R. bemerkte die Diebe und verfolgte sie. Da diese aber mit Flinten bewaffnet waren, ließ er von der Verfolgung ab und benachrichtigte die hiesige Gendarmeriestelle, die sich die drei Kerle in die Hände laufen ließ. Auf diese Weise ist es endlich gelungen, einige der die Gegend in den letzten Monaten unsicher machender Diebe zur Verhaftung zu bringen.

Die Sprengung eines großen Schornsteins, die auch hier, besonders von der Viehbrückerstraße aus, beobachtet werden konnte, wurde gestern nachmittags 3 Uhr bei Viehbrück vorgenommen. Es handelt sich um einen großen vierstöckigen Schornstein, der von Klonieren umgelegt wurde. Der Schornstein wurde bei der Sprengung direkt abgehoben und fiel dann in sich zusammen. Die Steine werden für die Häuser der Heimstättenfiedlung „Eden“ in Viehbrück Verwendung finden.

Gaspreiserhöhung. Vom Gaswerk wird mitgeteilt, daß der Gaspreis abermals erhöht wird und zwar auf 1,20 Mk. für das Kubikmeter, für Automaten-gas auf 1,22 Mark.

In den Steuer-Ausschuss für die Gewerbesteuerklasse 4 wurde Herr Sch. Birt von hier gewählt, während Herr M. Prinz von hier in den Ausschuss für die Gewerbesteuerklasse 3 gewählt wurde.

Die gestern in Kraft getretene Erhöhung der Fahrpreise auf der Elektrischen hat mancherlei Ueberraschungen gebracht. Der Mindestfahrpreis beträgt jetzt 50 Pfg., also Schierstein-Rheinufer 50 Pfg. Die Fahrt Schierstein-Wiesbaden, Hauptpost, kostet jetzt 1,00 Mk., während für die Fahrt Schierstein-Mainz, Stadthalles, 1,05 Mark incl. Brudengeld zu entrichten sind. Die Monatskarte, die bis zum 1. März nach Wiesbaden 23 Mark kostete, ist auf 46 Mk. erhöht worden, jedoch eine starke Abwanderung der Monatskarteninhaber nach der Staatsbahn festzustellen war, weshalb die Monatskarte nur 21 Mk. kostet und zudem eine erhebliche Verbesserung der Zugverbindungen erfolgt ist.

Alles schlägt auf. Wie die Frankfurter Blätter melden und wie auch von anderer Seite bestätigt wird, tritt in den nächsten Tagen eine Erhöhung des Salzpreises um 40 Prozent ein. Die Salinen begründen den Aufschlag mit Kohlen- und Sackteuerung, Lohn-erhöhung usw. Die WFG-Schützen haben Othern einen schweren Stand, denn für eine Schießerteil werden in Wiesbaden 10 Mark verlangt.

Dem Mangel an Wohnungen kann nur entgegengetreten werden, wenn alle Kräfte dem Kleinwohnungs- und Siedlungsbau zugewandt werden. Da wegen des Rohlenmangels nicht daran zu denken ist, gedraunne Ziegelsteine und sonstiges Baumaterial zu beschaffen, kommt hauptsächlich der Lehm- und Zementbau für alle ländlichen und vorstädtischen Siedlungen in Betracht. Die Erfahrungen, die mit den verschiedenen Lehm- und Zementverfahren gesammelt sind, beweisen, daß alle gegen diese Bauteile geäußerten Bedenken und die landläufigen Vorurteile widerlegt werden können. Es empfiehlt sich, die in unserer Gegend heimische Ausfuhrungsart der Lehm- und Zementbauten wieder aufzunehmen und die erfahrenen alten Handwerker, die in Lehm gebaut haben, als Lehrmeister heranzuziehen. Gemeinden, Siedlungsgesellschaften, Bauvereinigungen und sonstige Bauherren sollten sofort mit der Vorbereitung ihrer Bauten für dieses Jahr beginnen. Derartig geförderte Bauten haben Aussicht darauf, vom Reich und Staat in entgegenkommender Weise mit finanzieller Unterstützung bedacht zu werden. Vom Ministerium für Volkswohlfahrt ist ein Merkblatt für die Lehm- und Zementbauweise herausgegeben worden, das, wie uns mitgeteilt wird, in nächster Zeit in größerer Anzahl zur Verteilung an die Gemeinden gelangt.

Eine Eisenbahnerschule soll demnächst in Mainz errichtet werden. Diese Neuerung bezweckt vor allem die berufliche Weiterbildung und Ausbildung der in den verschiedenen Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Arbeiter. Die Schule soll zunächst den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht der noch fortbildungspflichtigen jugendlichen Arbeiter übernehmen, so daß diese vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule, der oft recht fäbrend in den Betrieben empfunden wurde, damit entbunden sind. Andererseits soll sie aber auch tüchtigen Eisenbahnarbeitern den Aufstieg in die Beamtenlaufbahn ermöglichen helfen und nicht zuletzt der Heranbildung eines tüchtigen technischen Personals für den Eisenbahnbetrieb dienen. Die neue Schule wird dementsprechend in drei Abteilungen gegliedert werden. Als Lehrkräfte sollen zunächst ein wissenschaftlich gebildeter Lehrer und ein Techniker in Betracht kommen. Diese Neuerung dürfte jedenfalls in den Kreisen der Eisenbahnarbeiter auf dankbare Begrüßung stoßen.

Bauernregeln für März. So angenehm der Stadterbölterung vielleicht das warme Wetter im Februar gewesen sein mag, doppelt angenehm in der gegenwärtigen Rohlenenteuerung und Rohlennot, so wenig erfreut zeigt sich der Bauer darüber, denn ein alter Spruch sagt: „Im der Februar mächtig kalt, — keine gute Ernte fällt.“ Mit dem März ist die Sache anders; da soll das Wetter sich schon allgemach freundlicher gestalten. „Viel und langer Schnee, viel Heu, aber mager Korn und Spreu.“ Oder wie es in manchen Gegenden heißt: „Viel und langer Märzschnee — Tuet Auer und Bäumen weh.“ Natürlich ist der März nicht Mai; allzu häufig soll das Grünen nicht vor sich gehen. „Ein Walter Märzschnee ist eine Krone wert.“ — Doch allzu frühes Laub — Wird gern vom Frost verzehrt,“ heißt ein bekannter Witzler. Ein besonderer Tag im März

ist der 25., der Tag Maria Verkündigung. In dem Tag muß es freundliches Wetter geben; denn Maria Verkündigung schon und hell, — Wibis Ebt und Wein auf alle Fall.“ — So vielprobt die Bauernregeln im allgemeinen sind, es sind Erfahrungssätze, die auf jahrhundertelanger Beobachtung beruhen, so unsicher klingt die letzte wohl mehr auf Aberglauben als auf Tatsachen beruhende Regel; denn wie ein einzelner Tag im März gerade mit der in den Spätherbst fallenden Obst- und Weinernte zusammenhängen soll, das will in unsre bürgerliche Vernunft nicht so recht passen.

Theater-Spielplan.

Nassauisches Landestheater in Wiesbaden.
Vom 3. bis 7. März 1920.
Mittwoch, Nachm. Bei aufgeh. Abonnement! Sonder-vorstellung: „Hänsel und Gretel“. Anfang 2½ Uhr.
Abends. Ab. A. „Dies irae“. Anfang 6½ Uhr.
Donnerstag, Ab. C. „Das vergessene Ich“. Anfang 6½ Uhr.
Hierauf: „Die Puppenfee.“
Freitag, Zum ersten Male: (Uraufführung) „Das Leben ein Traum“. Anf. 6½ Uhr. Dramatische Dichtung in drei Aufzügen von Calderon de la Barca. Neu über-seht und für die Bühne bearbeitet von Richard Boozmann.
Samstag, Ab. D. „Mona Lisa“. Anfang 6½ Uhr.
Sonntag, Bei aufgeh. Abonnement! „Tannhäuser“. Anf. 5½ Uhr.

Residenztheater in Wiesbaden.
Vom 3. bis 7. März 1920.
Mittwoch, abends 7 Uhr: „Schwarzwalddädel“.
Donnerstag, abends 7 Uhr: „Die Frau im Hermelin“.
Freitag, abends 7 Uhr: „Die Puppe“.
Samstag, abends 7 Uhr: „Der fidele Bauer“.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Halbe Preise! „Die Fackelträger“.
Abends 7 Uhr: „Eine Ballnacht“.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einladung
zu einer
Sitzung der Gemeinde-Vertretung.
Zu der von mir auf

Donnerstag, den 4. März ds. Js., nachmittags 6 Uhr hier im Rathause anberaumten Sitzung der Gemeinde-vertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindever-tretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mit-glieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Antrag des Kaninchen- und Geflügel-Zuchtvereins um bessere Ausübung des Nachschuges.
2. Beschlußfassung über Erhöhung der Grabgebühren.
3. Beschlußfassung über Beseitigung des Explosions-schadens.
4. Beschlußfassung über Verwertung des Brennholzes.
5. Festsetzung der Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen.
6. Genehmigung der Holzholzernte.

Schierstein, den 28. Februar 1920.
Der Bürgermeister.
Kessels.

Betr. Ausgabe von Lebensmitteln.
In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen 150 Gramm Weizenmehl, das Pfund zu Mk. 0,80 und 150 Gramm Erbsen, das Pfund zu Mk. 4,70, zur Ausgabe.

Bekanntmachung

betr. Erhebung einer 5. Gemeindesteuerrate.

Die Gemeindevertretung hat zur Deckung der nicht vorgesehenen Mehrausgaben die Erhebung einer 5. Steuerrate (umfassend die Gemeindeeinkommen-, Grund-, Gewerbe- und Betriebssteuer) beschlossen.

Dieser Beschluß hat die Genehmigung der Aufsichts-behörde erhalten.

Die Steuerpflichtigen der Gemeinde Schierstein werden hiermit aufgefordert, die auf dem Steuerzettel für 1919 unter „Gemeindeabgaben“ erscheinenden Vierteljahresbeträge bis spätestens 15. März 1920 nochmals als 5. Rate bei der Gemeindekasse zur Einzahlung zu bringen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine besondere Benachrichtigung nicht erfolgt, daß vielmehr die Anforderung durch die Schiersteiner Zeitung (Amts-blatt) die einzelnen Zahlungsaufforderungen ersetzt.

Schierstein, den 25. Februar 1920.
Der Bürgermeister Kessels.

Kleine Anzeigen

werden nur nach vorheriger
Bezahlung angenommen.
Für telephonisch aufgegeben
Inserate wird keine Garantie
für den richtigen Wortlaut
abgegeben.
Schiersteiner Zeitung.

Ein schwarz
Paletot
(Friedensmare) preisw. zu
verkaufen.
Näh. Gartenstraße 13, II.



Schul- ranzen

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Offert als
Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

Gold- und Silbermünzen

sowie Bruchgold u. Silber kauft zu höchsten Tagespreisen
Milberg, Mainz, Quintinsstraße 12.

Saubere
Medizinflaschen
kauft
Jakob Weiß, Zeilstr. 8.

Simbeerpflanzen

hat noch abzugeben
Franz Weber, D.-Walluf

Die neuesten Formen
zum Fassen von
Stroh- und Tagelilien
sind eingetroffen.
Modistinnen erhalten
Preisermäßigung
Reelle Bedienung!
Eigene Werkstätte.
Pug- u. Fassonier-Meister
F. Wagner,
Mainz, Münsterstr. 3.

Städtische



Sparkasse

Biebrich.

Mündelsicher.

Annahme von Spareinlagen unter günstigen Bedingungen.
Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten.
Eröffnung von Konten in laufender Rechnung.
Bermieten von Schrankfächern.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
An- und Verkauf von Wertpapieren.

Geschäftsgebäude: Rathausstraße 59.

Geöffnet von 8^{1/2} bis 1^{1/2} Uhr

Telefon: Biebrich Nr. 50.

Der
Privat-Tanz-Klub Schierstein
hält wöchentlich, Mittwoch abends 8 Uhr,
im „Raffauer Hof“

Tanzstunden,

zwecks Erlernen der neuesten, modernen
Tänze, wie Foxtrott usw.
Diejenigen, welche an dem Kursus teilneh-
men wollen, sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Akerverpachtung.

Montag, den 8. März, vorm. 10 Uhr,
läßt Herr Franz Winkel von Dörrich die nachstehenden
in hiesiger Gemarkung gelegenen Grundstücke

1. Acker Lenzert 79 Auten
2. Acker Ruckelsbach 1 Morgen 72 Auten
3. Acker Bestandacker 1 Morgen 12 Auten
4. Acker Neuenberg 2. Gew., 1 Morgen 03 Auten

öffentlich an den Meistbietenden, auf die Dauer von
drei Jahren verpachten.

Schierstein, den 1. März 1920.

Das Ortsgericht:

Schmidt,

Ortsgerichtsvorsteher.

Sportverein Schierstein

E. B. 1914.

Am Mittwoch, den 3. März, abds. 7^{1/2} Uhr,
findet eine außerordentliche

Mitgliederversammlung

bei Gastwirt Fritz Siegert statt.

Der Vorstand.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstraße 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6^{1/2} Uhr
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6^{1/2} Uhr geöffnet.

!!Achtung!!

Zahle wie bekannt die höchsten
Preise für Rohprodukte

Gestrickte Wolle	Kilo	20.00 Mk.
Lampen	„	1.30 „
Eisen	„	1.50 „
Knochen	„	0.85 „
Papier	„	0.15 „
Kupfer	„	17.00 „
Rotguss und Aluminium	„	13.00 „
Messing	„	10.00 „
Blei	„	7.50 „
Zink	„	6.00 „

Ankauf findet Küferstraße Nr. 11 statt.

Durch die eingetretene abermalige
Verteuerung der Kohlen wird auch eine
Erhöhung des Gaspreises ab 1. März
ds. Js. bedingt.

Derselbe wird für Schierstein mit
demjenigen in Biebrich gleichgestellt u.
beträgt für 1 cbm für Gas zu allen
Verbrauchsarten Mk. 1,20 und für
Automatengas Mk. 1,22.

Bei letzteren wird der Preisunter-
schied durch Nacherhebung ausgeglichen.

Biebrich, 1. März 1920.

Gaswerksverband Rheingau Aktiengesellschaft.

Müller's Gelegenheitskäufe

Tel. 6109. **Platin** Tel. 6109.

Für
Gold, Silberfaden und Zahngebisse sowie städtischerseits
freigegebene Möbel, Kleider und Schuhe, Leib- und
Bettwäsche erzielen Sie die höchsten Preise bei

Müller, Wiesbaden, Wagemannstr. 29.
Bitte rufen Sie Tel. 6109 an. Hören Sie meine Preise

Achtung! Achtung! Achtung!

Zahle für Seifflaschen per Stück 1,50 Mk. Kaufe
Weinflaschen, Kognatflaschen, Bordeauxflaschen 1,20
Mk., altes Eisen, Lampen, Metalle, Reiz- und Hasen-
felle zu den höchsten Preisen.

Firma L. Wiegand,
Wiesbaden, Hochstättenstraße 6/8.

Perfer

Wiesbaden, Friedrichstraße 55, Telefon

Säcke Felle

Lumpen, Papier, Neutuch,
Wollgestrickt, Rohhaare,
Kupfer, Messing, Zink,
Staniol, Eisen kauft zu
Tagespreisen
Niesel & Sperber, Wies-
badenerstr. 20. Telefon

Gold

In jeder Form und Menge
auch
Zähne kauf

Juwelen
Uhren

Platin

für hohe
Preis

Bok

Wiesbaden -
Kirchgasse 70

Silber

Achtung!

Maulwürfe-
Hasen-
Flecken-
Reiz-

Felle

u. sonst. f. zu höchsten Preisen.
Milberg, Mainz, Quintins-
straße 12.

14—15000 Mk.

auf 1 Hypothek auszuliehen.
Offerte unter 200 an die
Geschäftsstelle.

Favorit-Moden-Album
eingetroffen.

Hörcher, Wilhelmstr. 38.

In Billenhaushalt ein
braves, ehrliches

Mädchen

bei angemessenem Lohn und
guter Behandlung für vor-
oder nachmittags gesucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle.

50 Mk. Belohnung

erhält derjenige, der mit den
Dieb der Pumpe aus meinem
Garten nachhaft macht, so daß
er gerichtlich verfolgt werden
kann.

K. Emmel,

Adolfstraße 7.

Hochträgliche Ziege

zu kaufen gesucht.
Sartmann, Biebrich,
Badgasse 1.

Karbid,

Karbid-Lampen

Kasseleröster, Gas-
Brenner, Zyl., Gas-
Gastocher und Gas-
Brat- und Backhauben
mannen, Zapfhähne
kaufen.

Krause, Wiesbaden,
Wellrichstraße 12.

Kaufe

zu hohen Preisen

Brillanten

Uhren

Gold

Silber

in jeder Form

Menge.

Singer

Wiesbaden

4 Langgasse

Zahle mehr wie

andere f. Strich

Schafwolle, Reiz

Metall, Zinn

u. m.

Milberg, Mainz, Quintins-

str. 12. Komme auch

Weiße

sowie Konfirmanten

zu verkaufen.

Karlstr. 19.